

Legitimation sozialer Ungleichheit bleibt prekär: ein Zeitvergleich mit Umfragedaten

Kraus, Vered; Müller, Walter

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kraus, V., & Müller, W. (1990). Legitimation sozialer Ungleichheit bleibt prekär: ein Zeitvergleich mit Umfragedaten. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 3, 10-14. <https://doi.org/10.15464/isi.3.1990.10-14>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

strierte. Dagegen wurde die Zahl der Ausländer in der Bundesrepublik bisher um mehr als eine halbe Million überschätzt. Und schließlich zeigte die Volkszählung, daß es in der Bundesrepublik eine Million weniger Wohnungen gibt, als man zuvor annahm.

Die am Datenreport 1989 beteiligten Sozialwissenschaftler greifen im Teil II »Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden« als Datenbasis vornehmlich auf die vom Sonderforschungsbereich 3 durchgeführten Wohlfahrtssurveys 1978, 1980, 1984 und 1988 sowie auf das Sozio-ökonomische Panel, das vom Sonderforschungsbereich 3 und dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung seit 1984 gemeinsam durchgeführt wird, zurück. Auf der Grundlage der Wohlfahrtssurveys werden Aussagen möglich, wie sich die Zusammenhänge und Diskrepanzen zwischen objektiven Lebensbedingungen und subjektivem Wohlbefinden in einzelnen Lebensbereichen und bei verschiedenen sozialen Gruppen in den letzten zehn Jahren entwickelt haben. Das Sozio-ökonomische Panel erlaubt darüber hinaus Analysen individueller Wohlfahrtsverläufe.

Der Teil I des Datenreport 1989 ist in 20, Teil II in 21 Kapitel gegliedert, wobei sich häufig die einzelnen Kapitel der Teile I und II jeweils wechselseitig inhaltlich ergänzen. Der Datenreport 1989 ist bei der Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn kostenlos erhältlich. Eine Buchhandelsausgabe besorgt der Verlag Bonn Aktuell, Stuttgart.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 1989. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 280), Bonn 1989, 571 Seiten. ISBN 3-89331-050-9. ISSN 0435-7604.

Erich Wiegand
(Tel.: 0621/18004-15)

Legitimation sozialer Ungleichheit bleibt prekär

Ein Zeitvergleich mit Umfragedaten

Mit dem grundlegenden Wandel der Sozialstruktur, der seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in der Bundesrepublik Deutschland stattgefunden hat, haben sich auch die Strukturen sozialer Ungleichheit verändert. Neuere Forschungsergebnisse zeigen, daß sich die Ungleichheiten zwischen den sozialen Schichten und Klassen allenfalls geringfügig und keineswegs immer im Sinne eines Abbaus von Ungleichheiten verändert haben. Dagegen wurden die Ungleichheiten zwischen einzelnen Sozialkategorien zum Teil erheblich reduziert. Deutlich verringert haben sich beispielsweise die Ungleichheiten der Bildungschancen zwischen den Geschlechtern sowie zwischen Stadt und Land oder die Einkommensunterschiede zwischen Erwerbstätigen und Rentnern. Wesentlich geringer, wenn überhaupt vorhanden, ist dagegen der Abbau von Ungleichheiten der Bildungschancen oder der Einkommensunterschiede zwischen sozialen Schichten und Klassen. Ganz erheblich zugenommen haben beispielsweise die Ungleichheiten der Einkommen von Lohnabhängigen und Selbständigen.¹

Nach einer häufig vertretenen These spielt die verbliebene soziale Ungleichheit wegen der allgemeinen Verbesserung der Versorgungslage, des hohen erreichten Wohlstandsniveaus und der sozialen Absicherung von Lebensrisiken heute eine wesentlich geringere Rolle. Das gilt sowohl für die Strukturierung der Gesellschaft als auch für die aus Ungleichheiten folgenden Konsequenzen für das soziale Bewußtsein oder für die sich aus ihnen ergebenden sozialen Konflikte. Wenn Ulrich Beck von der Gesellschaft »jenseits von Klasse und Stand« spricht, dann ist explizit nicht gemeint, daß die entsprechenden Ungleichheiten faktisch verschwunden wären, sondern in erster Linie, daß sie ihre Bedeutung für die Prägung von Verhalten und Einstellungen verloren hätten. Sie seien hierbei durch andere Faktoren ersetzt worden, sofern es in den individualisierten Lebensstilen überhaupt noch prägende Muster gäbe. Im folgenden sollen am Beispiel der Wahrnehmungen und Bewertungen sozialer Ungleichheit durch die Bevölkerung der Bundesrepublik einige empirische Befunde zur Diskussion dieser These beigetragen werden.

Die Existenz sozialer Ungleichheit ist in der Regel insofern prekär, als die Benachteiligten ein Interesse daran haben, Ungleichheiten abzubauen und einen entsprechenden Ausgleich herbeizuführen. Allerdings ist dies in hohem Maße davon abhängig, welche Ungleichheiten überhaupt wahrgenommen werden, wie sie begründet und wie sie bewertet werden. Wenn Ungleichheiten als gering wahrgenommen werden oder in Übereinstimmung mit allgemein akzeptierten Verteilungskriterien und vorherrschenden Wertorientierungen erscheinen, sind sie legitimiert und der Druck sie zu verändern weniger wahrscheinlich als unter Bedingungen, in denen eine Legitimierung nicht gegeben ist.

Eine entscheidende Voraussetzung der Legitimierung sozialer Ungleichheit in modernen Gesellschaften ist die Vorstellung von Leistungsgerechtigkeit in der Verteilung von Gütern und Belohnungen. Ungleichheiten sind demnach akzeptabel, soweit sie unterschiedliche Fähigkeiten und Leistungen widerspiegeln. Die Chancen des Zugangs zu Vorteilen sollen offen sein, d.h. nicht von Klassenzugehörigkeit oder Herkunft abhängen, sondern sich nach erworbenen Qualifikationen und persönlicher Leistung richten. Chancengleichheit rechtfertigt Verteilungsungleichheit. Die Rechtfertigung sozialer Ungleichheit beruht zu einem wesentlichen Teil auf dem funktionalistischen Argument, Ungleichheiten seien notwendig, um Menschen zu hohen Lei-

1 Dieser Beitrag ist entstanden während eines Forschungsaufenthalts von Vered Kraus an der Universität Mannheim und von Walter Müller am Center for Advanced Study in the Behavioral Sciences, Stanford.

stungen, die zur Verbesserung der Wohlfahrt aller beitragen, zu motivieren. Diese Art von Legitimierung sozialer Ungleichheit wird jedoch nicht von der gesamten Bevölkerung gleichermaßen geteilt.

Wiederholt haben empirische Studien gezeigt, daß die Einstellungen der Bevölkerung gegenüber sozialer Ungleichheit entlang einer Achse von legitimierender Akzeptanz der Leistungsideologie zu egalitärer Sozialkritik strukturiert sind. Auf der Basis einer Vielzahl von Einstellungsmessungen sowohl bei repräsentativen Bevölkerungsquerschnitten wie besonderen Bevölkerungsgruppen (Akademiker, Studenten) konnte z.B. in den Arbeiten von Johann Sandberger ein übergreifendes Strukturmuster festgestellt werden, das alle untersuchten kognitiven Vorstellungen, Standards und Bewertungen von Chancen- und Verteilungsungleichheit einschließt. Diese Struktur kontrastiert affirmativ-legitimierende und kritisch-egalitäre Orientierungen als die beiden Pole einer Achse.

Um ihre Vorteile zu rechtfertigen, werden vor allem Personen, die durch das bestehende Verteilungssystem bevorzugt werden, affirmativ-legitimierende Orientierungen aufweisen, während Angehörige benachteiligter Klassen eher dem kritischen Pol zuneigen werden. Frühere Untersuchungen haben durchweg auch entsprechende Ergebnisse erbracht, obgleich der Zusammenhang zwischen Klassenzugehörigkeit und ungleichheitsbezogenen Orientierungsmustern sich als nicht sehr stark ausgeprägt erwies. Im Hinblick auf die These der abnehmenden Bedeutung von Ungleichheit wäre zu erwarten, daß kritische Orientierungen an Bedeutung verlieren, und daß die entsprechenden Unterschiede zwischen den sozialen Klassen geringer werden.

Kritische Einstellungen zur sozialen Ungleichheit nehmen teilweise zu

Tabelle 1 zeigt, wie die wahlberechtigte Bevölkerung der Bundesrepublik zu einer Reihe von Aussagen zur sozialen Ungleichheit in den Jahren 1976 und 1984 Stellung nimmt. Der leichten Interpretierbarkeit wegen sind die Zahlen jeweils so ausgewiesen, daß eine höhere Zahl einen höheren Anteil von Personen mit kritischer Einstellung anzeigt. Nach die-

Tabelle 1: Einstellungen zur sozialen Ungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland 1976 und 1984

Anteile Zustimmung (Z) oder Ablehnung (A) zur jeweiligen Aussage in %		Z/A	1976	1984
A) Gerechtigkeit der Verteilung				
A1)	Gewinnverteilung ist gerecht: »Die wirtschaftlichen Gewinne werden heute in der Bundesrepublik im großen und ganzen gerecht verteilt«.	A	58	63
A2)	Soziale Unterschiede sind gerecht: »Ich finde die sozialen Unterschiede in unserem Land im großen und ganzen gerecht«.	A	36	52
B) Verteilungsprozesse — Chancenungleichheit				
B1)	Alte Klassenunterschiede: »In der Bundesrepublik bestehen noch die alten Unterschiede zwischen Besitzenden und Arbeitenden. Die persönliche Stellung hängt im wesentlichen davon ab, ob man zu der oberen oder unteren Klasse gehört«.	Z	60	65
B2)	Schicht und Elternhaus: »In der Bundesrepublik gibt es noch große Unterschiede zwischen den sozialen Schichten, und was man im Leben erreichen kann, hängt im wesentlichen davon ab, aus welchem Elternhaus man kommt«.	Z	59	55
B3)	Offene Gesellschaft: »Die Bundesrepublik ist eine offene Gesellschaft. Was man im Leben erreicht, hängt nicht mehr vom Elternhaus ab, aus dem man kommt, sondern von den Fähigkeiten, die man hat, und der Bildung, die man erwirbt«.	A	29	28*
B4)	Wirtschaftslage und kollektive Akteure: Was man im Leben bekommt, hängt nicht so sehr von den eigenen Anstrengungen ab, sondern von der Wirtschaftslage, der Lage auf dem Arbeitsmarkt und den Sozialleistungen des Staates«.	Z	54	59
C) Rechtfertigung von Ungleichheit				
C1)	Ungleichheit zur Leistungsmotivation nötig: »Nur wenn die Unterschiede im Einkommen und im sozialen Ansehen groß genug sind, gibt es auch einen Anreiz für persönliche Leistungen«.	A	39	44
C2)	Rangunterschiede zeigen, was man aus seinen Chancen gemacht hat: »Die Rangunterschiede zwischen den Menschen sind akzeptabel, weil sie im wesentlichen ausdrücken, was man aus den Chancen, die man hatte, gemacht hat«.	A	41	49
C3)	Wirtschaft braucht Gewinne: »Die Wirtschaft funktioniert nur, wenn die Unternehmer gute Gewinne machen, und das kommt letzten Endes allen zugute«.	A	30	30*

* Unterschied zwischen 1976 und 1984 nicht signifikant auf dem 5%-Niveau.
Befragte 1976 n = 2 036; 1984 n = 3 004.

Datenbasis: ZUMABUS 1976 und ALLBUS 1984

sen, sich auf die Gesamtbevölkerung beziehenden Ergebnissen, gibt es keine dramatischen Veränderungen zwischen beiden Zeitpunkten. Allerdings verändert sich nur die Haltung zur Aussage B2 signifikant in die weniger kritische Rich-

tung. Für die meisten Aussagen findet man deutliche Verschiebungen hin zum kritischen Pol. Besonders ausgeprägt ist diese Tendenz bei der Aussage »Ich finde die sozialen Unterschiede in unserem Land im großen und ganzen gerecht«.

Während 1976 nur 36% aller Befragten dieser Aussage nicht zugestimmt haben, wurde sie 1984 von 52% abgelehnt.

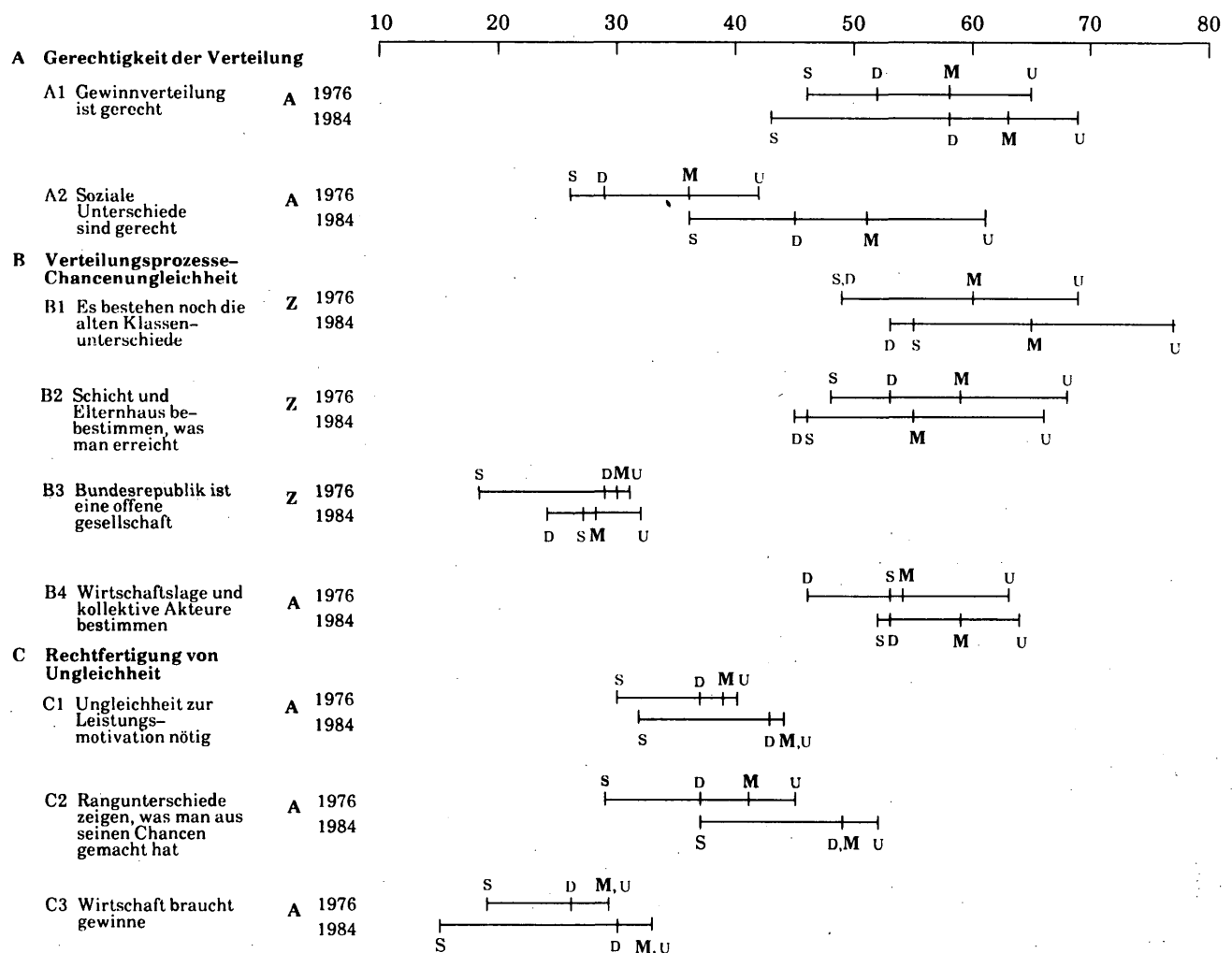
Ein weiterer, im Hinblick auf die These schwindender Relevanz sozialer Ungleichheit eher unerwarteter Befund liegt in den allgemein recht hohen Anteilen kritischer Einstellungen. Zu beiden Zeitpunkten übernimmt bei über der Hälfte der Aussagen die Mehrheit der Bevölkerung die kritische Position. Das ist besonders bei den bewertenden Aussagen zur Gerechtigkeit der Verteilung bemerk-

kenswert. Hier wird selbst eine nur einschränkend legitimierend formulierte Behauptung (Aussage A1) mehrheitlich abgelehnt. Überwiegend Zustimmung findet man nur bei den Aussagen zur Rechtfertigung sozialer Ungleichheit.

Ambivalent sind dagegen die Reaktionen zu den Aussagen, die sich auf die Faktoren und Prozesse beziehen, von denen es abhängen könnte, was man im Leben erreicht. Die Aussagen B1 und B2, die kritisch behaupten, daß Klassen und Schichtzugehörigkeit die zentralen chan-

cenbestimmenden Faktoren seien, finden breite Zustimmung. Offensichtlich nimmt die Bevölkerung ein erhebliches Maß an Chancenungleichheit wahr. Gleichzeitig wird jedoch die Beschreibung der Bundesrepublik als offene Gesellschaft, in der das im Leben Erreichte von Fähigkeiten und Bildung abhängt (Aussage B3), nur von einer Minderheit der Befragten abgelehnt. Damit werden sowohl die Herkunftsbestimmtheit sozialer Chancen wie auch ihre tatsächliche Vermittlung über das Bildungssystem sowie unterschiedliche Fähigkeiten als bedeut-

Graphik 1: Einstellungen zur sozialen Ungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland 1976 und 1984



Anteile Zustimmung (Z) bzw. Ablehnung (A) in % bei verschiedenen Bevölkerungsgruppen.
M = Gesamtbevölkerung V = un-, angelernte Arbeiter S = Selbständige D = Dienstklasse
Befragte 1976 n = 2036; 1984 n = 3004.

Datenbasis: ZUMABUS 1976 und ALLBUS 1984

sam für die Strukturen sozialer Ungleichheit gesehen. Breite Zustimmung findet auch die Aussage B4, in der nicht die eigenen Anstrengungen, sondern vom Einzelnen kaum beeinflussbare gesellschaftliche Bedingungen und die Auseinandersetzungen kollektiver Akteure als entscheidend für das eigene Lebensniveau dargestellt werden.

Deutliche Unterschiede zwischen den sozialen Klassen

Wie die Urteile nach sozialen Klassen differieren, kann aus Graphik 1 entnommen werden. Für jede Aussage und jeden Zeitpunkt stellt die eingezeichnete Linie die Spannweite dar, die zwischen den Anteilen kritischer Urteile in verschiedenen sozialen Klassen besteht. Je weiter rechts ein Punkt liegt, desto höher ist der Anteil derer, die eine kritische Einstellung äußern. Der mit »M« bezeichnete Punkt symbolisiert den aus Tabelle 1 bekannten Bevölkerungsdurchschnitt. Die Symbole »U«, »S« und »D« zeigen die entsprechenden Anteile für die drei Klassen der un- und angelernten Arbeiter (U), der Selbständigen (S) sowie der Dienstklasse der gehobenen und leitenden Angestellten und Beamten (D). Andere soziale Klassen, wie die ausführenden Angestellten, die Facharbeiter oder die Vorarbeiter und Meister liegen zwischen den — in der Regel durch »U« und »S« besetzten — Extremwerten. Dabei befinden sie sich durchgehend umso näher am unkritischen Ende des Spektrums, je günstiger ihre soziale Lage ist.

Die vorliegende Graphik zeigt zum Teil stark ausgeprägte Unterschiede zwischen den sozialen Klassen. Das gilt vor allem für die Aussagen zur Gerechtigkeit der Verteilung sowie für die Aussagen über die Verteilungsprozesse und die Chancenungleichheit. Es trifft weniger zu bei den Aussagen zur Leistungsideologie als Rechtfertigung von Ungleichheit. Vergleicht man die beiden Erhebungszeitpunkte, stellt man fest, daß die Abhängigkeit ungleichheitsbezogener Einstellungen von der Klassenlage tendenziell zunimmt. Bei der einzigen Aussage, bei der die Klassenunterschiede deutlich kleiner geworden sind (Aussage B4), haben sich in erster Linie die Angehörigen der Dienstklasse den weniger individualistischen Orientierungen der ungelernten Arbeiter angenähert. Nach den Erfah-

rungen der wirtschaftlichen Krise und der hohen Arbeitslosigkeit zu Beginn der achtziger Jahre ist die Hinwendung der höheren Angestellten und Beamten zu stärker kollektiv orientierten Deutungen nicht unverständlich.

Höhere Bildung begünstigt kritische Einstellungen zur sozialen Ungleichheit

Im folgenden Schritt soll die Frage der sozialstrukturellen Bestimmtheit ungleichheitsbezogener Orientierungen und ihrer Veränderungen über die Zeit durch die Berücksichtigung zusätzlicher Faktoren erweitert werden. Zu diesem Zweck wurde für jede befragte Person ein Index der Kritik sozialer Ungleichheit gebildet. Dabei wurden die Skalenwerte der einzelnen Aussagen — soweit erforderlich —

zunächst so umgepolt, daß höhere Werte eine kritischere Orientierung bedeuten, dann aufaddiert und durch die Zahl der berücksichtigten Aussagen dividiert. Der Index kann zwischen den Werten 1 und 4 variieren. Der Wert 4 zeigt an, daß bei jeder Einzelaussage die höchstmögliche kritische Position eingenommen wird. Der Wert 1 dagegen bedeutet, daß bei jeder Einzelaussage vollständige Übereinstimmung mit der die Ungleichheit legitimierenden Variante besteht.

Die in Tabelle 2 aufgeführten Ergebnisse einer Regressionsanalyse zeigen, wie stark der Indexwert in Abhängigkeit von einzelnen Bestimmungsgrößen variiert. Bezugspunkt ist der Indexmittelwert der Gruppe von Befragten des Jahres 1976, deren soziale Merkmalskombination in der Regel mit einer stärker kritischen

Tabelle 2: Ungleichheitskritik und Position in der Sozialstruktur

Indexmittelwert der Bezugsgruppe:	2.81
un-/angelernte Arbeiter; unterstes Quartil der Einkommensverteilung; Gewerkschaftsmitglied; ältere Kohorte, keine höhere Bildung; Erhebungsjahr 1976	
Abweichungen vom Mittelwert der Bezugsgruppe:	
Klassenzugehörigkeit:	
Selbständige	-0,28
höhere Angestellte und Beamte	-0,31
gehobene Angestellte und Beamte	-0,20
ausführende Angestellte und Beamte	-0,01
Facharbeiter und Meister	-0,06
Lage der Einkommensverteilung:	
2. Quartil (26 - 50%)	-0,05*
3. Quartil (51 - 75%)	-0,12
76 - 90%	-0,19
oberstes Dezil (91 - 100%)	-0,34
keine Mitgliedschaft in der Gewerkschaft	-0,20
Kohortenzugehörigkeit und Bildung:	
ältere Kohorte, höhere Bildung	+0,09*
jüngere Kohorte, keine höhere Bildung	+0,09
jüngere Kohorte, höhere Bildung	+0,45
Erhebungsjahr 1984	+0,06

* Effekt nicht signifikant auf dem 5%-Niveau.

Befragte 1976 n = 2 036; 1984 n = 3 004.

Datenbasis: ZUMABUS 1976 und ALLBUS 1984

Haltung verbunden ist. In dieser Befragungsguppe liegt der Wert mit 2,81 sehr deutlich im kritischen Bereich des Einstellungskontinuums, obwohl der Index eine Reihe von Aussagen zur sozialen Ungleichheit enthält, bei denen deutliche Mehrheiten aller Befragten legitimierende Positionen einnehmen. Aus den weiteren Zahlen der Tabelle 2 wird ersichtlich, wie sich verschiedene soziale Gruppen, die durch andere Merkmalskombinationen charakterisiert sind, von der Referenzgruppe unterscheiden. Negative Werte zeigen weniger, positive Werte mehr Ungleichheitskritik an.

Alle in die Analyse einbezogenen Statusvariablen haben eigenständige Effekte, die sich zum Teil kumulieren, zum Teil jedoch konterkarieren. Die Befragten zeigen systematisch umso weniger ungleichheitskritische Einstellungen, je günstiger ihre Klassenlage und je höher ihr Einkommen ist. Höhere Bildung dagegen führt zu einer kritischeren Haltung gegenüber sozialer Ungleichheit. Allerdings gilt das nicht für alle Alterskohorten gleichermaßen. Für Personen, die vor 1939 geboren sind und die in der Tabelle als »ältere Kohorte« bezeichnet werden, wirkt sich höhere Bildung nicht signifikant auf die Einstellung zur sozialen Ungleichheit aus. Die Angehörigen der »jüngeren Kohorte« sind im Vergleich zur »älteren Kohorte« generell — auch ohne höhere Bildung — ungleichheitskritischer. Darüber hinaus verstärkt in der »jüngeren Kohorte« eine höhere Bildung die ohnehin kritischere Einstellung noch ganz erheblich.

Von Interesse ist schließlich auch, daß das Muster und die Stärke der verschiedenen Einflüsse zu beiden Erhebungszeitpunkten identisch sind. Entsprechende Tests haben keine signifikanten Unterschiede ergeben. Allerdings zeigt sich nach Kontrolle aller Faktoren für 1984 eine leichte — aber dennoch signifikante — globale Zunahme der Ungleichheitskritik. Sie besteht über alle Gruppen hinweg, unabhängig von dem Effekt demographischer Umschichtungen, der zur Folge hat, daß 1984, im Vergleich zu 1976, ein kleinerer Anteil der weniger kritischen Vorkriegsjahrgänge und ein größerer Anteil jüngerer Personen mit höherer Bildung befragt wurde. Durch einen Vergleich von nur zwei Erhebungszeitpunkten läßt sich allerdings nicht entscheiden, ob es sich bei der Zunahme un-

gleichheitskritischer Einstellungen um einen längerfristigen Trend handelt oder ob besondere Bindungen zu einem der beiden Erhebungszeitpunkte dafür verantwortlich sind.

Insgesamt bieten die dargestellten Ergebnisse weder Anhaltspunkte für den Abbau ungleichheitskritischer Einstellungen noch für die Erosion der Unterschiede zwischen den sozialen Klassen. Im Gegenteil, die Unterschiede zwischen den

sozialen Klassen und Einkommensgruppen zeigen eine bemerkenswerte Konstanz, und mit den demographischen sowie bildungsbezogenen Umschichtungen nehmen Bevölkerungssegmente zu, für die Legitimation sozialer Ungleichheit eher prekär ist.

*Vered Kraus, Universität Haifa
Walter Müller, Universität Mannheim
(Tel.: 0621/292-5298)*

Bilanz der Bildungspolitik

Schichtspezifische Bildungsunterschiede blieben erhalten

Probleme und Perspektiven der Bildungspolitik stoßen neuerdings wieder auf ein größeres Interesse, nachdem die bildungspolitische Diskussion zeitweilig nahezu verstummt war. Das wiedererwachte Interesse zeigt sich sowohl auf der nationalen wie auch auf der internationalen Ebene, wie beispielsweise die Einrichtung der Enquetekommission »Bildung 2000« durch den Deutschen Bundestag und ein aktuelles Projekt der OECD über »Bildungsindikatoren und die Evaluation von Bildungssystemen« dokumentieren.

In diesem Zusammenhang verdient eine Studie aus dem Deutschen Institut für internationale pädagogische Forschung über »Perspektiven des Bildungswesens in der Bundesrepublik Deutschland« Aufmerksamkeit, die von Horst Weisheit, Manfred Weiß, Hasso v. Recum und Rüdiger Haug vorgelegt wurde.

Gegenstand der Untersuchung sind die langfristigen Entwicklungen des Bildungswesens der Bundesrepublik und seiner Rahmenbedingungen: »Auf der Grundlage umfangreichen statistischen Materials wird dessen Ausbau in den letzten 30 Jahren sowie die geplante und prognostizierte künftige Entwicklung dargestellt«. Die Studie versteht sich als ein Beitrag zu einer Dauerbeobachtung der Bildungsentwicklung, dem weitere folgen sollen. Das Datenmaterial — so

die Autoren — »ist gedacht als ein Indikatorentableau zur Beobachtung und Evaluation der gesamtstaatlichen Bildungspolitik«.

Von den fünf Kapiteln der Studie ist das über die »Erreichung der bildungspolitischen Ziele« aus der Perspektive der Sozialberichterstattung das interessanteste. Die übrigen Kapitel befassen sich mit den Entwicklungsphasen der Bildungspolitik, den Rahmenbedingungen des Bildungswesens, Entwicklungen in den einzelnen Sektoren sowie der Funktionserfüllung und dem Ressourcenbedarf des Bildungssystems.

Ob mit dem Ausbau des Bildungswesens die intendierten bildungspolitischen Ziele tatsächlich erreicht wurden, untersuchen die Autoren anhand von drei Kriterien: (1) der Quantität und Qualität der vom Bildungssystem vermittelten Qualifikationen, (2) der Verwertbarkeit der erworbenen Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt und (3) dem erreichten Grad von Chancengleichheit.

Die Studie attestiert der Bildungspolitik beachtliche Erfolge soweit es um das Ziel der Steigerung des gesellschaftlichen Bildungsniveaus geht. Nicht belegt findet sie die These eines mit der Bildungsexpansion einhergehenden Qualitätsverlustes und Leistungsverfalls. Allerdings offenbaren sich gerade an dieser Stelle auch